

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 8. Mai 2014**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeisterin Heute-Bluhm als Vorsitzende Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Böhringer, Brogle, Claassen, Cyperrek, Denzer (bis 21.00 Uhr), Escher, Ferger, Gula (bis 20.30 Uhr), Heuer, Hirt, Höfler, Jaenisch (bis 20.20 Uhr), Krauel, Krämer, Lacher, Lusche, Matt, Obrecht (bis 20.30 Uhr), Prof. Dr. Paul, Perinelli, Piorr (bis 20.30 Uhr), Rosskopf, Salinas de Huber, Schmolinske, Simon, Vogel, Vollmer (bis 20.30 Uhr), Wernthaler
Entschuldigt:	Bühler, Schlecht, Kurfeß
Ferner:	Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiter Bühler Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Nef Fachbereichsleiter Wipf Stell. Fachbereichsleiterin Oswald Stadtjugendreferent Stefan Dieterle Sven Schreiber (Fachbereich Jugend/Schulen/Sport)
Urkundspersonen:	Stadträtin Cyperrek und Stadträtin Schmolinske
Schriftführer:	Herr Funk und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.50 Uhr

## **TOP 1**

### **Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen für 2012**

**Vorlage: 051/2014**

**Sowie**

## **TOP 2**

### **Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 der Stadt und der Ortsstiftungen**

**Vorlage: 057/2014**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Zuhörerschaft und eröffnet die Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden zusammen behandelt. Die Vorsitzende verweist nach Aufruf der Tagesordnungspunkte auf die jeweiligen Ausführungen in den Vorlagen und eröffnet die Diskussion.

Stadtrat Krämer kündigt die Zustimmung seiner Fraktion für beide Vorlagen an. Er hoffe auch auf positive Ergebnisse in den nächsten Jahren.

Stadträtin Krauel bringt ebenfalls die Zustimmung ihrer Fraktion zum Ausdruck und lobt die Umsetzung des Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) durch die Verwaltung.

Die Stadträte Lacher, Matt und Obrecht äußern sich ebenfalls zustimmend. Stadtrat Lacher sieht das positive Ergebnis in der guten Wirtschaftslage und in höheren Gewerbesteuererinnahmen begründet. Die gute Umsetzung des NKHR wird allseits gelobt.

Die Vorsitzende dankt in diesem Zusammenhang für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Dieser habe ebenfalls für die gute Umstellung zum neuen Recht beigetragen.

Zu TOP 1:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 2:

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss.

Die Jahresabschlüsse der Stadt Lörrach und der Ortsstiftungen werden gemäß § 95 b GemO wie in der Vorlage aufgeführt festgestellt.

### **TOP 3**

#### **Förderung der Ferienbetreuungsangebote**

##### **Vorlage: 080/2014**

Die Vorsitzende führt in die Vorlage ein. Sie geht insbesondere auf die Auswahl der bisherigen Partner und die angewandten Regeln zur Förderung im Bereich der Ferienbetreuung ein. Hier sei insbesondere zu erwähnen, dass die von den Partnern gemachten Ferienangebote (insbesondere die Wochenangebote mit Randzeitenbetreuung) für Eltern mit besonderem Bedarf sich selbst tragen sollen, während die Grundversorgung der Ferienbetreuung wie die offenen und aufsuchenden Angebote weiterhin generell subventioniert werden.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion. Es sei z.B. für alleinerziehende Mütter sehr wichtig, eine verlässliche Ferienbetreuung zu haben. Die Richtlinien zur Förderung sollten eventuell überarbeitet werden. Es solle Ziel sein, dass sich offene Angebote selbst tragen und kostendeckend sind. Sie bitte um einen Sachstandsbericht nach Ablauf eines Jahres.

Stadträtin Cyperrek hebt lobend hervor, dass es gelungen sei, die Zahl der Ferienbetreuungsplätze innerhalb der letzten 10 Jahre zu verdoppeln. Sie bedankt sich für die gute Zustandsbeschreibung. Es würden jedoch noch mehr Plätze für verlässliche und qualitativ gute Ferienbetreuung, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern, benötigt. Ermäßigungsregelungen sollten, wie von der CDU auch gewünscht, einmal überarbeitet werden. Es fehle auch an zielorientierter Kontrolle. Sie könne sich auch vorstellen, dass die Verwaltung die zentrale Vergabe der Ferienplätze übernimmt. Zumindest sollten die Anbieter und die Angebote auf der städtischen Homepage abrufbar sein. Angebote sollten sich für die Eltern in einem gewissen finanziellen Rahmen halten, um eine gewollte soziale Durchmischung der Betreuung zu erreichen. Im Übrigen halte sie die Ferienbetreuung neben ihrer sozialen Funktion für einen wichtigen Standortfaktor Lörrachs.

Stadtrat Berg erklärt, dass sich seine Fraktion schon immer für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und in diesem Zusammenhang für die Kindertagesbetreuung eingesetzt habe. Er erinnert an die umzusetzenden Ergebnisse der Landkreisumfrage zum Betreuungsbedarf.

Der gesamte Gemeinderat habe in der Vergangenheit die Entwicklung in der Kinderbetreuung unterstützt, sagt Stadtrat Lacher. Diese Unterstützung solle beibehalten werden. Ermäßigungen seien erforderlich, aber alles vernünftig gehandhabt und ohne Bürokratie.

Stadtrat Matt schließt sich den Aussagen seiner Vorredner an. Er könne sich darüber hinaus vorstellen, dass bei bestehenden Verträgen und auch beim Abschluss neuer Verträge Kostendeckelung vereinbart wird.

Die Förderung solle sich auf Kinder von Eltern mit geringeren Einkünften beschränken, stimmt die Vorsitzende einem Hinweis von Stadtrat Perinelli zu. Die Angebote sollten auch so kalkuliert werden, dass eine Durchmischung (geförderte Kinder und nicht geförderte Kinder) erreicht werden kann.

Fachbereichsleiter Wipf bemerkt, dass der Ausbau der Ferienbetreuung in Lörrach weiterhin im Zielekatalog der Verwaltung enthalten ist. Aktuell werde versucht, mit den Trägern auf die kostendeckende Finanzierung umzusteuern, um dadurch eine Durchmischung erreichen zu können.

Auf eine städtische Organisation der Ferienbetreuung eingehend meint er, dass dies zwar denkbar wäre, aber nur durch vermehrten Personaleinsatz zu erreichen sei.

Es existieren mit den bisherigen Partnern Betreuungsverträge in Form von Leistungsvereinbarungen, ebenfalls für neue Angebote. Man sei in Lörrach in Bezug auf die Anforderungen an eine gute Ferienbetreuung sehr weit gekommen wobei hervorzuheben sei, dass vermehrt thematische Angebote gemacht würden. Hier gebe es bei verschiedenen Qualitäten und entsprechendem Aufwand unterschiedliche Preise.

Die Vorsitzende erklärt, auf die Anregung Stadträtin Cyperreks zur Information auf der Städt. Homepage eingehend, diese aufgreifen zu wollen. Sie schlage vor, rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen dem Gemeinderat über die Entwicklungen zu berichten und eine Einschätzung über das weitere Vorgehen darzulegen. Sie schlage vor, in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags die Förderung von „*zusätzlichen*“ Plätzen einzufügen und so zu beschließen.

Der Gemeinderat beschließt sodann einstimmig den –geänderten- Beschlussvorschlag:

1. Vom Ausbaustand der Ferienbetreuung wird Kenntnis genommen.
2. Der finanziellen Förderung von Plätzen für Geschwisterkinder und Geringverdiener in Anlehnung an die „Ermäßigungsregelungen für städtische Dienstleistungen“ wird zugestimmt.

#### **TOP 4**

#### **Einrichtung gesetzl. Ganztagesgrundschulen**

#### **Vorlage: 081/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst in die Thematik ein und stellt klar, dass die bisherigen offenen und gebundenen Ganztagesgrundschulen erhalten bleiben sollen. Für diese Schulen werde Bestandsschutz gewährleistet. Die bisherige Finanzierung durch Eltern und Stadt würde bei gesetzlichen Ganztagesgrundschulen in eine Finanzierung durch Land und Stadt übergehen. Es könne also eine finanzielle Entlastung der Eltern erreicht werden. Die Schulen müssten allerdings die Anträge auf die finanzielle Förderung des Landes fristgemäß stellen. Es gehe darum, die vom Land Baden-Württemberg bereitgestellten Mittel abzurufen, es würden keine Schulen schlechter gestellt werden. Man habe alle Schulen rechtzeitig auf die Antragstellung hingewiesen. Die Schulen seien damit beschäftigt, weiter an pädagogischen Konzepten zu arbeiten. Weitere Entwicklungen werde man abwarten.

Stadträtin Jaenisch gibt an, die Fraktion der CDU begrüße das breite Angebot an unterschiedlichen Grundschultypen. Den Eltern werde weiterhin eine Wahlmöglichkeit eingeräumt. Auch begrüße die CDU die finanzielle Bezuschussung durch das Land Baden-Württemberg. Stadträtin Jaenisch hoffe zudem auf einen Bericht in den Gremien, der einen Überblick über die verschiedenen Konzepte der einzelnen Schulen verschafft.

Stadträtin Krauel sagt, sie begrüße ebenso die Verabschiedung neuer Konzepte in den Schulen. Ganztageseinrichtungen seien wichtig für das soziale Lernen. Zwar sei es einigen Eltern schwer zu vermitteln, dass ihre Kinder in eine gebundene Ganztagesgrundschule gehen sollen, allerdings würde durch die Einführung gesetzlicher Ganztagsgrundschulen eine erhöhte Chancengleichheit geschaffen. Sie fragt, warum erst verhältnismäßig wenig Schulen in Lörrach einen Antrag auf die Landesförderung gestellt haben. In der regionalen Schulentwicklung solle daraufhin gewirkt werden, dass das Angebot verstärkt genutzt wird. Man müsse hierfür werben.

Stadtrat Berg sagt, er begrüße Ganztagesgrundschulen, da diese gut für die Chancengleichheit seien. Wichtig sei allerdings auch die Kostenfrage. Die Schulträger müssten entlastet werden. Man müsse die Mittel des Landes abrufen.

Stadträtin Schmolinske betont, dass das Land die Schulen finanziell sowie personell besser ausstatten müsse, damit diese autark agieren können. Zwar sei es in der Tat wichtig, dass die Schulen die Anträge auf die Landesförderung stellen, jedoch sei dies in der Kürze der Zeit nahezu unmöglich gewesen. Die Antragstellung habe die Schulen in hohem Maße überfordert. Zwischen den Kundenstämmen der jeweiligen Grundschulen gebe es keine signifikanten sozialen Unterschiede. Man müsse die Angebote pädagogisch gut und verlässlich gestalten. Eine gesetzliche Ganztagsregelung sei bisher noch nicht verabschiedet, es gebe lediglich einen Entwurf. Man dürfe nun nicht überhastet reagieren. Der Soziale Arbeitskreis Lörrach (SAK) sowie die Kaltenbach-Stiftung hätten in den vergangenen Jahren stets eine gute Arbeit geleistet. Es sei sehr schade, wenn man künftig auf eine weitere Zusammenarbeit verzichte. Die Entscheidungsfindung unter Zeitdruck sei für die Schulen problematisch. Manche Schule wolle eine risikobehaftete Entscheidungsfindung unter Zeitdruck nicht eingehen. Man müsse nun die Genehmigung der Schulbehörde abwarten. Es gebe nun noch so viel zu tun. Man könne nicht ohne Verlässlichkeit ins Blaue hineinplanen.

Stadtrat Matt betont, dass es hier um eine Formalie gehe und man von Seiten der Fraktion Die Liberalen der Vorlage zustimme, auch wenn es zunächst Widerstand der Eltern von Schülerinnen und Schülern der Grundschule auf dem Salzert gegeben habe.

Stadtrat Lusche sagt, man müsse jetzt keine Grundsatzdebatte führen. Man wisse, dass die Genehmigung von Anträgen auf Fördermittel im Rahmen von finanziellen Ressourcen und Möglichkeiten vom Kultusministerium erteilt werde. Er fragt, was passiere, wenn zwar die Antragsvoraussetzungen vorliegen, aber dennoch keine Fördermittel genehmigt werden.

Die Vorsitzende erklärt, dass man wisse, dass es bisher noch keine gesetzliche Regelung gebe. Man wisse auch noch nicht, inwieweit man an zur Verteilung stehenden Mitteln beteiligt werde. Trotzdem sei es wichtig, dass alle an einer Förderung interessierten Schulen nun einen Antrag stellen. Die Schulen, die einen Antrag stellen oder gestellt haben, sowie die, die jetzt keinen Antrag stellen, würden unter Bestandsschutz stehen. Die Stadt wünsche sich eine Antragstellung durch möglichst viele Schulen, da so auch die städtischen Finanzen geschont werden. Es sei besser, die zur Verfügung stehenden Landesmittel weitestgehend abzuschöpfen. Es gehe um effizienten Mitteleinsatz. Natürlich sei die Zeit knapp gewesen.

Stellver. Fachbereichsleiterin Oswald sagt, dass man mit allen Schulen diesbezüglich im Gespräch sei. Man solle die bisherigen Angebote beibehalten. Man werde einzelne Angebote mit Landesmitteln finanzieren. Es bestünden gewisse Sicherheiten. Man könne Lehrerstunden einsetzen oder diese monetarisieren. Auch das Schulamt sei mit den momentanen Verfahrensabläufen überfordert. Als Stadt stehe man den Schulen jederzeit zur Seite. Man müsse die Anlaufphase zusammen überstehen.

Stadtrat Böhringer fragt, auf welcher Grundlage die Schulen entscheiden würden, ob ein Bedarf zur Einrichtung einer Ganztagsgrundschule bestehe oder nicht.

Stadtrat Lacher fragt, ob es nicht sinnvoll sei, den Beschluss der Vorlage auf das nächste Jahr zu verschieben, da eine gesetzliche Regelung sowie die Rahmenbedingungen der finanziellen Förderung noch nicht vorhanden seien. Man könne doch weitere Entwicklungen abwarten und die Anträge dann zum nächsten Schuljahr stellen.

Stadträtin Schmolinske erklärt, dass die Schulen eigenverantwortlich über ihre Angebote entscheiden dürften. Es gebe für die Schulen die Möglichkeit, ihre Kunden zu befragen, ob diese einen Bedarf für eine Ganztagesgrundschule sehen oder nicht. Die Eltern der Kinder der Grundschule in Haagen hätten beispielsweise bei einer Befragung keinen Bedarf für eine Ganztagsgrundschule gesehen. Heute allerdings werde die Nachfrage immer größer. Die Schule habe eine gute Arbeit geleistet und das Angebot werde nun auch rege angenommen.

Die Vorsitzende hält fest, dass der Schulleiter zusammen mit der Schulkonferenz entscheiden könne, was für ein Angebot die Schule bereitstellt.

Stellver. Fachbereichsleiterin Oswald sagt, dass bei einer Verschiebung der Antragstellung zunächst nichts passiere. Die Ressourcen, die dem Land zur Verfügung stehen würden, seien aber begrenzt. Man wolle im Windhundverfahren zu den Ersten gehören, die eine finanzielle Förderung des Landes erhalten. Die größten Hürden seien überdies bereits überwunden.

Die Vorsitzende führt aus, dass eine Verschiebung der Antragstellung nicht sehr förderlich für die Glaubwürdigkeit der Stadt sei. Die Schulen haben bereits einen großen Teil der Erforderlichkeiten der Antragstellung erledigt. Man müsse nun handeln, die

bereits erfolgte Arbeit sei sonst umsonst gewesen. Gerade für die Stadt Lörrach sei die gesamte Angelegenheit vorteilhaft. Grundsatzkritik sei nun fehl am Platz.

Stadträtin Krauel bittet darum, dass Schulen, die noch keinen Antrag gestellt hätten, mit ins Boot geholt werden.

Stadtrat Böhringer meint, dass vielen Schulen nicht klar sei, um was es in letzter Konsequenz gehe.

Die Vorsitzende sagt, dass ein Grund für die geringe Antragstellung der Schulen bisher die nach wie vor gute Betreuungssituation gewesen sei. Der Hauptgrund für die Antragstellung der Schulen liege aber in dem finanziellen Profit der Stadt. Es werde nicht jede Grundschule in Lörrach ein Nachmittagsangebot anbieten können. Es bedürfe einer sukzessiven Herangehensweise.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für die Schlossbergschule, die Albert-Schweitzer-Schule, die Neumattschule und die Grundschule Salzert wird jeweils ein Antrag auf Einrichtung als gesetzliche Ganztagsgrundschule gestellt. Diese Grundschulen sind bereits als Ganztagsgrundschulen in Form des Schulversuchs genehmigt und bis auf die Grundschule Salzert schon als solche in Betrieb.

## **TOP 5**

### **Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Lörrach; Fortschreibung der Bedarfsplanung**

**Vorlage: 035/2014**

Die Vorsitzende führt in die Vorlage ein und bemerkt, dass die Angebote der Kindertageseinrichtungen zwar ungleich im Stadtgebiet verteilt seien gleichwohl dies nicht bedeute, dass sich die Betreuungsangebote am falschen Ort befinden.

Stadträtin Jaenisch kündigt die Zustimmung ihrer Fraktion an. Sie selbst vermisse die Einbeziehung des Neubaugebiets „Belist“ und frage, wie dieses in die Bedarfsplanung eingerechnet worden ist. Randzeiten in den Betreuungsangeboten würden Probleme bereiten, die gelöst werden sollten resp. Abgedeckt werden sollten. Es missfalle ihr die Minderung des Landeszuschusses für die Betreuung von Kleinkindern.

Stadträtin Krauel begrüßt die Vorlage und lobt die vorausschauende Arbeit der Verwaltung.

Stadtrat Ferger bemerkt, dass die Steigerung des Bedarfs an Kindertagesplätzen dem allgemeinen Trend entspricht.

Stadträtin Schmolinske äußert sich zustimmend zur Verwaltungsvorlage und bemerkt, auf die Einlassung von Stadträtin Jaenisch über Randzeiten eingehend, dass die öffentliche

Hand nicht alles bezahlen könne, was wünschenswert ist. Die Stadt müsse nicht jede Tageszeit fördern, z.B. bei Kleinkindern nicht die Zeit vor sieben Uhr. Eine Betreuungsquote von 40 Prozent sei schon sehr viel. Lörrach biete insgesamt gesehen ein gutes Betreuungspaket, was Zuzugswillige bewege, nach Lörrach zu kommen.

Die Vorsitzende erklärt, auf eine Frage von Stadtrat Matt antwortend, dass es sich bei der angewandten Betreuungsquote nicht um eine gesetzlich festgesetzte Quote handle, sondern um eine aus der bisherigen Inanspruchnahme der Betreuung abgeleitete Prognose über den erwarteten Bedarf. Das Neubaugebiet „Belist“ werde bezüglich der Bevölkerungsentwicklung im Stadtteil sicherlich eine Rolle spielen, was aber nicht unbedingt auf die Nachfrage nach Betreuungsplätzen vor Ort schießen lasse. Eltern würden sich die Kindertagesstätten nach ihrer Vorstellung von Pädagogik und Angeboten aussuchen und die Kinder deshalb in die entsprechenden Kindertagesstätten bringen. Sie halte die Betreuung von Kindern nach 17.00 Uhr eher für eine Angelegenheit der Kindertagespflege. Die dramatische Veränderung des Landeszuschusses nach unten sei bedauerlich und sei nicht erwartet worden. Es werde bezüglich der Abdeckung der Betriebskosten wieder mit dem Bund und dem Land verhandelt.

Stadträtin Cyperrek sagt zu den beanstandeten Kürzungen, dass die Förderung 2014 dem entspreche, was in 2011 mit den Kommunen bzw. den Kommunalen Landesverbänden vereinbart worden ist. Baden-Württemberg liegen bei der Förderung von Kindertagesstätten an der Spitze der Bundesländer.

Die Vorsitzende erklärt sodann die Hintergründe (Vorschlag des Städtetags und Position des Landes). Der Städtetag habe sich nicht durchsetzen können, die gleichen Prinzipien wie beim Schullastenausgleich anzuwenden. Die Forderung des Städtetags sei berechtigt, Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen wie ursprünglich zugesagt den Kommunen zukommen zu lassen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt Kenntnis von der Elternbefragung des Landkreises zum regionalspezifischen Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren.
2. Auf der Grundlage der aus der Elternumfrage gewonnenen Erkenntnisse wird die Erhöhung der als bedarfsgerecht angesehenen Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren von derzeit 34 % auf 40 % festgesetzt. Es wird eine Versorgungsquote von 30 % für Kindergarten-Ganztagesplätze (Ü3) als bedarfsgerecht angenommen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu untersuchen, wie es Trägern von Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden kann, die qualitative Weiterentwicklung hin zu Beratungs- und Begegnungsstätten inhaltlich und finanziell umzusetzen.



4. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Informationen zum Kindergartenlastenausgleich und zur Förderung der Kleinkindbetreuung nach §§ 29 b und c des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) im laufenden Haushaltsjahr.
5. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach begrüßt die Einführung des neuen online-gestützten Anmeldeverfahrens „Little Bird“.

## **TOP 6**

### **Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach**

#### **Änderung des Gesellschaftsvertrages**

**Vorlage: 070/2014**

Die Vorsitzende führt zunächst in die Thematik ein.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Lacher findet, dass eine Passage des Gesellschaftsvertrages unklar formuliert sei. Es sei nicht eindeutig, ob nur ein Mitglied des Gemeinderats in den Aufsichtsrat berufen werden könne oder auch sonstige Personen.

Die Vorsitzende erklärt, dass nur Gemeinderatsmitglieder in den Aufsichtsrat berufen werden können.

Stadtrat Lacher signalisiert daraufhin die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Lörrach, wie in der Vorlage und den Anlagen dargestellt, zu. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, alle erforderlichen Handlungen wahrzunehmen, um die Änderung des Gesellschaftsvertrages herbeizuführen.

## **TOP 7**

### **Verkehrskonzept Innenstadt;**

**a) Aufhebung der Sperrung Senigallia Platz**

**b) Zulassung des Radverkehrs entgegen der Einbahnrichtung in der Riesstraße**

**c) städtebaulicher Wettbewerb für den Vorplatzbereich am**

**Kreiskrankenhaus/Spitalstraße**

**Vorlage: 068/2014**

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Diskussion.

Stadtrat Heuer bittet eingangs seiner Ausführungen um getrennte Abstimmung über die im Betreff der Vorlage aufgeführten Buchstaben a), b) und c).

Er führt aus:

Zu a) Wenn man die verkehrliche Situation am Senigalliplatz betrachte würde man verstehen, warum die CDU-Fraktion die Sperrung der Durchfahrt aufheben wolle. Es ströme sehr viel Verkehr in die Palmstraße und wenn die Baustelle des Dienstleistungszentrums eröffnet wird, würde der Verkehr fast vollständig blockiert werden. Er stelle fest, dass sich Verkehrsteilnehmer oft wenig an die Vorschriften halten. Er wiederhole daher den Antrag der CDU-Fraktion vom 24. Juli 2013, die Sperrung des Senigalliplatzes aufzuheben.

Zu b) Über den Vorschlag der Zulassung des Radverkehrs entgegen der Einbahnrichtung sollte zu einem späteren Zeitpunkt verwirklicht werden – wenn das Parkhaus erstellt ist.

Zu c) Die Fraktion sei mit dem Vorschlag einverstanden. Die die Riesstraße in westlicher Richtung befahrenden Fahrzeuge sollten zum Kreiskrankenhaus hin Vorfahrt erhalten. Die Mittel des Landkreises sollten zur Verwirklichung des Vorhabens eingesetzt werden.

Stadträtin Cyperrek äußert sich für die Fraktion der SPD zunächst allgemein. Diese halte eine Verquickung von Einzelbeschlüssen durch die Vorlage für einen „Rückwärtssalto“. Durch die Vorlage würden die Ziele des Masterplans aus den Augen verloren und die Variante 7 in Frage gestellt. Der Masterplan Mobilität würde am Senigalliplatz „beerdigt“.

Zu c) Die Variante 7 sei im November 2012 beschlossen worden. Eine Durchquerung der Spitalstraße nach Norden sollte unattraktiver werden. Sie warte nun auf die Ausführung. Im Übrigen erinnere sie daran, dass sich Verkehrsteilnehmer an einschränkende Verkehrsregelungen halten müssten.

Zu b) Sie halte die Beobachtungen von Stadtrat Heuer für richtig; viele Verkehrsteilnehmer hielten sich nicht an die Verkehrsregeln. Die Fraktion werte die Interessen des Rad- und Busverkehrs höher als den motorisierten Individualverkehr. Entgegen anderen Äußerungen würden an der Riesstraße keine Anwohnerparkplätze wegfallen, sondern Parkuhrenplätze.

Zu a)

Sie bedauere den durch die Vorlage der Verwaltung vorgesehenen und durch die Fraktion der CDU unterstützten „Rückwärtssalto“. Dies führe zu Verwirrung und auch zu Mehrverkehr in der Riesstraße und auch beim Kreiskrankenhaus. Die Sperrung des Senigalliplatzes habe der Empfehlung des Büros Rapp entsprochen. Für die Beschlussfassung über Ziffer a) des Betreffs werde Vertagung beantragt.

Die Vorsitzende wirft ein, dass die rechtliche Beurteilung des Antrags nicht einfach sei. Ziffer a) sei Gegenstand des gesamten Tagesordnungspunktes und nicht nur ein Teil.

Andererseits würden die Dinge nicht zwingend zusammenhängen (Sachzusammenhang). Die Diskussion solle zunächst fortgeführt werden.

Stadtrat Lacher entgegnet zum Vertagungsantrag, dass es sich bei der Vorlage mit dem gesamten Betreff um ein Gesamtpaket handle, das nicht getrennt betrachtet werden könne.

Die Stadträte Berg und Cyperrek möchten nun den gesamt Tagesordnungspunkt vertagt haben.

Nach einer Wortmeldung von Stadtrat Lusche zur Vorschrift des § 18 Abs. 3 Gemeindeordnung lässt die Vorsitzende über eine Unterbrechung der Sachberatung abstimmen.

Der Gemeinderat lehnt den Antrag bei 18 Gegenstimmen, 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Stadtrat Berg äußert sich namens seiner Fraktion:

Zu b) Die Riesstraße sei eine wichtige Fahrradroute. Der Fahrradverkehr sei Ziel einer bewussten Förderung. Er bitte dringend, die bisher gefassten Beschlüsse nicht in Frage zu stellen.

Zu c) Der Vorplatz zum Kreiskrankenhaus sei unverzichtbar. Mit der Variante 7 sei die Riesstraße gegenüber früher schon mehr belastet worden.

Zu a) Die Öffnung des Senigalliaplatzes werde abgelehnt. Die Befragung der Anwohner sei zweifelhaft gewesen (Eine Meinungsbegründung war nur bei einer Ablehnung der Aufhebung der Sperrung vorgesehen). Auch er sei der Meinung, dass ordnungswidriges Verhalten eine Änderung des Verkehrskonzeptes nicht begründen kann.

Stadtrat Lacher erläutert seine Meinung zu den verschiedenen Punkten. Die Aufhebung der Sperrung des Senigalliaplatzes und dessen Öffnung nach Westen sei eine Verbesserung für Lörrach. Zudem seien auch die Bewohner mit der Öffnung einverstanden. Hinsichtlich der Zulassung des Radverkehrs in der Riesstraße entgegen der Einbahnrichtung äußert er Bedenken. Er halte es für problematisch, wenn Parkplätze verloren gingen. Viele seien auf einen Parkplatz in dem Bereich angewiesen. Westlich und östlich der Bahnlinie brauche es generell mehr Parkplätze. Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Menschen befänden sich in der Innenstadt. Man könne dem Radverkehr in der Riesstraße generell zustimmen, allerdings müsste sichergestellt sein, dass es genügend Parkplätze gebe. Hinsichtlich der Spitalstraße sei man der Meinung, dass diese in beide Richtungen geöffnet werden müsse. Das Krankenhaus müsse aus nördlicher und südlicher Richtung angefahren werden können. Es könne nicht der gesamte Verkehr über die Wiesentalstraße abgewickelt werden.

Stadtrat Matt gibt an, dass sich die Fraktion Die Liberalen dem Antrag der CDU anschließen wolle. Hinsichtlich der Zulassung von Radverkehr in der Riesstraße

signalisiert er Zustimmung. Parkplätze seien für ihn nicht so relevant. Hinsichtlich der Spitalstraße vertritt er die Meinung, dass er alles ablehnen wolle, was einen City-Ring verhindere. Bezüglich des Senigalliplatzes stellt er klar, dass die momentane Situation nicht länger tragbar sei. Man müsse Entlastungen für den städtischen Verkehr schaffen.

Stadtrat Paul sagt, dass man innerhalb eines geplanten City-Ringes keinen Verkehr zulassen dürfe.

Stadtrat Escher sagt, dass man nicht über jede einzelne Straße beraten dürfe. Der Senigalliplatz sei auch noch schön, wenn man den Verkehr dort zulassen würde. Man sei gegen die Öffnung der Riesstraße für Radfahrer, ein Verlust von Parkplätzen sei aber auch tragbar. Man wolle die Variante 7 durchsetzen. Die Verkehrsgeschwindigkeiten müssten für alle Verkehrsteilnehmer attraktiv gestaltet werden. Radfahrer würden nicht gefährdet werden. Das Kreiskrankenhaus müsse erreichbar bleiben.

Stadtrat Ferger sagt, dass der Einzelhandel keine Schwierigkeiten dadurch bekomme, dass weniger Radfahrer in der Stadt seien, sondern dadurch, dass der Internethandel immer weiter zunimmt. Man brauche Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, Spielplätze müssen in der Nähe bleiben.

Stadtrat Perinelli begrüßt die Öffnung des Senigalliplatzes. Dadurch reduziere sich der Verkehr in der Palmstraße und in der Haagener Straße. Er begrüße auch die Zulassung des Radverkehrs entgegen der Einbahnrichtung in der Riesstraße.

Stadtrat Böhringer betont, dass die SPD gegen eine Öffnung des Senigalliplatzes ist. Die Möglichkeit des Radverkehrs in der Riesstraße entgegen der Einbahnrichtung könne eventuell mehr Unfälle zeitigen – prinzipiell sei er aber nicht dagegen.

Unstrittig sei die Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs für den Vorplatzbereich am Kreiskrankenhaus/Spitalstraße.

Bürgermeister Dr. Wilke erinnert an vorausgegangene Abstimmungen in den Verkehrsfragen. Es habe Anträge und Gegenanträge gegeben und auch den Auftrag an die Verwaltung, eine Befragung der Anwohner durchzuführen. Dies sei ohne Verzögerung abgearbeitet worden und diene nun als Grundlage für Entscheidungen. Damit sei der Gemeinderat mehrheitlich einverstanden gewesen. Als Resultat sei festzuhalten, dass die Bewohner entlang der Palmstraße und der Haagener Straße mit dem jetzigen Vorschlag der Aufhebung der Sperrung einverstanden gewesen, die Anwohner der Spitalstraße jedoch nicht. Vor der Sparkasse habe es zunehmend gefährliche Situationen gegeben, die durch eine Öffnung des Senigalliplatzes gemindert würden. Ein Wegfall der Parkplätze in der Riesstraße würde seiner Ansicht nach auch keinen vermehrten Suchverkehr verursachen. Alle drei vorgeschlagenen Maßnahmen (a) – c)) würden dazu beitragen, die verkehrliche Situation im Gebiet zu entschärfen.

Stadtrat Berg ist der Ansicht, dass eine Öffnung des Senigalliplatzes die verkehrliche Situation wie vor 15 Jahren wiederbringe.

Nach einer weiteren Wortmeldung durch Stadtrat Lusche zu den drei Beschlussteilen lässt die Vorsitzende das Gremium getrennt abstimmen:

Zu a), Ziffer 1 des Beschlussvorschlags:

1. Die Sperrung des Senigalliplatzes wird aufgehoben.

Der Beschlussvorschlag wird bei 17 Ja- und 12 Gegenstimmen angenommen.

Zu b), Ziffer 2 des Beschlussvorschlags:

2. Der Radverkehr in der Riesstraße wird entgegen der Einbahnrichtung zugelassen.

Der Beschlussvorschlag wird bei 20 Ja- und 9 Enthaltungen angenommen.

Zu c), Ziffer 3 des Beschlussvorschlags:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den städtebaulichen Wettbewerb für die Planung des Vorplatzes in der Spitalstraße einzuleiten.

Der Beschlussvorschlag wird bei 21 Ja- und 8 Gegenstimmen angenommen.

## **TOP 8**

**Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen gem.**

**§ 78 Abs. 4 GemO**

**Vorlage: 069/2014**

Der Gemeinderat beschließt ohne Wortmeldungen einstimmig:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

## **TOP 9**

**Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

Die Vorsitzende teilt mit, dass das Grundstück „Luisenstraße 7“ sowie „Luisenstraße 9“ von der katholischen Kirchengemeinde St. Bonifatius (Flurstück Nr. 2166) im Erbbaurecht für 99 Jahre erworben wurde und der Kinderspielplatz (Flurstück Nr. 172) verkauft wurde.

## **TOP 10**

**Allgemeine Anfragen**

### **10.1 Falschparkproblematik Sparkasse**

Stadtrat Berg fragt an, ob sich die Falschparkproblematik vor der Sparkasse in Lörrach bereits geklärt habe. Zudem wolle er wissen, ob es bereits eine Tiefgaragenstudie im

Rahmen der Planungen für das Dienstleistungszentrum in Lörrach gebe und ob bald darüber diskutiert werde.

Die Vorsitzende erklärt, dass das Halteverbot grundsätzlich richtig sei.

Bürgermeister Dr. Wilke sagt, dass der Gemeindevollzugsdienst sich um die Einhaltung des Parkverbots bemühe und versuche, die örtlichen Verhältnisse zu regeln. Eine Tiefgaragenstudie sei nur im Verbund mit dem Landkreis möglich. Wie es um mögliche Freiflächen um das Dienstleistungszentrum herum stehe, könne im Rahmen eines Wettbewerbs diskutiert werden. Dies werde Gegenstand einer separaten Diskussion.

## **10.2 Situation Vereinsheime in Lörrach**

Stadträtin Hirt stellt einen Antrag auf eine Information der Gremienmitglieder über die Situation der Lörracher Vereinsheime.

Die Vorsitzende erklärt, dass für die Antragstellung ein Quorum nötig sei. So müsse mindestens ein Viertel der Mitglieder des Gemeinderates für den Antrag stimmen.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden wird der Antrag von acht Mitgliedern des Gemeinderates unterstützt.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung das Thema aufgreifen werde.

## **10.3 Nachfolge Schulleiter Albert-Schweitzer-Schule**

Stadträtin Cyperrek fragt, ob es für den ausscheidenden Schulleiter der Albert-Schweitzer-Schule Herr Schyja schon einen Nachfolger oder mehrere potentielle Nachfolger gebe.

Die Vorsitzende erklärt, dass man sich natürlich Gedanken mache, personelle Angelegenheiten aber nicht bereits im Voraus beraten oder offen gelegt werden dürfen.

## **10.4 Parksituation Baseler Straße**

Stadtrat Ferger fragt, ob die Verwaltung prüfen könne, ob eine Umwandlung des Parkverbots in der Baseler Straße in ein komplettes Halteverbot möglich sei.

Fachbereichsleiter Nef gibt an, dass in dem Bereich ein Halteverbot nicht möglich sei, da sonst das Be- und Entladen von Fahrzeugen nicht mehr möglich sei.

Die Vorsitzende gibt an, dass man die Anfrage schriftlich beantworten werde.

## **10.5 Polleranlage Baumgartnerstraße Wahlsonntag**

Stadträtin Brogle fragt, ob man am Wahlsonntag die Poller in der Baumgartnerstraße herunterfahre, da eine ihr bekannte Frau nicht mobil sei und mit einem Rollator die Straße passieren müsse.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Frau von der anderen Seite, die Polleranlagen umgehend, an das Wahllokal heranfahren könne.

### **10.6 Sprechanlage Sitzungssaal**

Stadtrat Escher erkundigt sich, ob die Sprechanlage im Sitzungssaal nun bald neu justiert werde.

Die Vorsitzende erklärt, dass man sich dem Thema angenommen habe.

### **10.7 Friedhofsatzung**

Stadtrat Lusche fragt, ob und wie man darauf reagiere, dass der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg es in einem Urteil für nicht zulässig hält, dass man in einer Friedhofsatzung festschreibt, dass man auf dem Friedhof keine Grabsteine aus Kinderarbeit aufstellen dürfe.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass man die Satzung ändern wolle, sobald die Begründung des Verwaltungsgerichtshofs vorliege.

## **TOP 11**

### **Fragestunde der Bürger**

Keine

## **TOP 12**

### **Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von den nachfolgenden Offenlegungen Kenntnis:

- 12.1. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 21. März 2014
- 12.2. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 1. April 2014

## **Zur Beurkundung**

Die Vorsitzende:  
gez. Heute-Bluhm

Urkundspersonen:  
gez. Cyperrek / Schmolinske

Schriftführung:  
gez. Funk / Ockenfuß